Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Kolonelzeile 25 Pf., für [illegible] 20 Pf., Reklamezeile (anschl. an den dreispaltigen Teil einer Seite) 1,50 RM. Anzeigenannahme: „Das Inserat" Allg. Inseraten-Expedition, Ztl. Dresden, Seilstr. 7, Hp., Tel. 27 853. Postscheck Dresden 293 18. Redaktion: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 250. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,20 RM. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 RM. (zuzügl. Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsvertrieb Hilde Klosfeld, Dresden-A., Ammonstraße 69. Tel. 25 521. Postscheckkonto Dresden 30 464. Verantwortlich für Lokales: Otto Häbel, Dresden; Ausland: Karl Preißner, Berlin; übriger Teil: Erich Heidemann, Dresden; für Inseratenteil: Fritz Kitscher, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Güterbahnhofstraße 2. Telephon 17 250. Postscheckkonto Dresden Nr. 18 000.

8. Jahrgang — Dresden, Montag den 30. Mai 1932 — Nummer 124

Beschleunigtes Tempo zur offenen faschistischen Diktatur:

Rücktritt der Brüningregierung

Die Reichswehr-Generalität führt neuen Vorstoß für Naziminister . Im Auftrage der Schwer- und Rüstungsindustrie
Vor der Aufhebung des SA.-„Verbotes" und neuen Unterdrückungsmaßnahmen gegen Arbeiterorganisationen

Antwortet mit der Antifaschistischen Aktion!

Berlin, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Gestern fand die Unterredung zwischen Hindenburg und Brüning statt, mit der die Entscheidung über das Weiterbestehen des bisherigen Reichskabinetts eingeleitet wurde. Hindenburg, der am Sonntag früh in Berlin eintraf, empfing Brüning um 11 Uhr zu der Aussprache, an der, wie offiziell gemeldet wird, niemand weiter teilnahm.

Die einstündige Aussprache hat, nach den übereinstimmenden Meldungen der bürgerlichen Presse eine weitere Zuspitzung der Lage ergeben, so daß schon im Laufe des heutigen Tages mit einem Gesamtrücktritt der Brüningregierung gerechnet werden kann.

Die Entscheidung darüber, ob nur eine Umbildung oder eine völlige Neugestaltung des Reichskabinetts erfolgen wird, soll nach der heute mittag stattfindenden zweiten Besprechung Brünings mit Hindenburg fallen.

Nach den Meldungen der bürgerlichen Presse, besonders auch der demokratischen Zeitungen, ist der **Druck der Reichswehrgeneralität auf völlige Neugestaltung der Reichsregierung in den letzten Tagen wieder stärker geworden.** Dazu kommt noch, daß sich die **ostpreußischen Junker gegen das Siedlungsprogramm Brünings wenden und neue Millionensummen zur Sanierung ihrer bankrotten Güter verlangen.**

Im Zusammenhang damit werden in einigen bürgerlichen Zeitungen bereits die Namen von Vertretern des **norddeutschen und ostdeutschen Adels** als die kommenden Regierungsmänner, neben dem früheren Reichswehrminister Geßler genannt. Nach anderen Meldungen wiederum soll die neue Regierungsbildung unter stärkster Einbeziehung der Nationalsozialisten erfolgen. Auch wird von einem **Uebergangskabinett und der Reichstagsauflösung gesprochen.**

Alle diese Kombinationen der bürgerlichen Presse im Anschluß an die gestrige Aussprache zwischen Hindenburg und Brüning sind der Ausdruck dafür, **daß die entscheidenden Kräfte der deutschen Bourgeoisie mit beschleunigtem Tempo die Verschärfung des faschistischen Kurses bis zur Errichtung der offenen faschistischen Diktatur betreiben.** Ausschlaggebend dafür ist die Haltung der **Schwer- und Rüstungsindustrie, von deren Direktiven und Anweisungen die Politik Hitlers bestimmt wird und deren Einfluß auch in dem Drängen der Reichswehrgenerale auf Bildung eines Reichskabinetts mit einem offeneren faschistischen Kurs zum Ausdruck kommt.**

Damit hofft die Bourgeoisie **sowohl die verstärkte Ausplünderung der deutschen Arbeiterschaft, als auch die aktive Beteiligung Deutschlands an dem Interventionskrieg gegen die Sowjetunion** zu sichern. Diese Tatsache kommt auch in den Forderungen der [illegible] Presse, der Deutschen Allgemeinen Zeitung und der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, auf **Verbot der Kommunistischen Partei** einerseits und der bevorstehenden Aufhebung des Verbots der **nationalsozialistischen Mord- und Terrororganisationen der SA und SS** andererseits, zum Ausdruck.

Völlige Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung, Legalisierung der Bürgerkriegsgarden der Nazis und verschärfte faschistische Diktaturmaßnahmen, das ist der Weg den die deutsche Bourgeoisie in schnellstem Tempo beschreitet und der weitere Massenverelendung, Hunger und Krieg bedeutet.

Diesen Weg hat die SPD mit ihrer Politik des „kleineren Uebels", durch die die Arbeiter vom Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Nazi-Mordterror und faschistische Notverordnungen und Verbote, sowie gegen die Interventionspolitik, Kriegsproduktion und Kriegsrüstungen der deutschen Bourgeoisie abgehalten und irregeführt wurden, vorbereitet.

Die Arbeiterschaft steht in diesem Augenblick vor großen Entscheidungen. Es geht darum, den Hungermaßnahmen, der verschärften Durchführung des faschistischen Kurses, den Bestrebungen zur Errichtung der offenen faschistischen Diktatur und den Rüstungen zum Interventionskrieg gegen die Sowjetunion ein unüberwindliches **Halt entgegenzusetzen.** Es geht darum, **den Faschismus in Deutschland zu vernichten und den Sieg des Proletariats über die kapitalistische Klasse zu erkämpfen.**

Die deutsche Arbeiterschaft ist eine **gewaltige und unüberwindliche Kraft, die diese Aufgabe erfüllen kann, wenn sie einheitlich und geschlossen den Weg des revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie ohne Zögern beschreitet.**

Das Zentralkomitee der KPD hat im Anschluß an den seinerzeitigen Ueberfall der Nazibanditen im Preußischen Landtag, der planmäßig vorbereitet und organisiert war, alle Arbeiter, ohne Unterschied der Partei, **zur Antifaschistischen Aktion aufgerufen. Diese Aktion einzuleiten, zu organisieren und durchzuführen, steht** jetzt in allen Betrieben, an allen Stempelstellen, in allen proletarischen Massenorganisationen und in allen Orten. Sofort gilt es in Betriebs- und Erwerbslosen-Versammlungen, in Mitgliederversammlungen und öffentlichen Veranstaltungen zu den **gegenwärtigen politischen Ereignissen und Tagesfragen Stellung zu nehmen und durch kollektive Beschlüsse sich der Antifaschistischen Aktion anzuschließen, um den Kampf gegen alle Raub- und Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie, ganz gleich in welcher Form sie zum Ausdruck kommen, aufzunehmen.**

Arbeiter! Schließt euch zusammen. Schafft die rote Einheitsfront für die Antifaschistische Aktion. Bildet überall Einheitsausschüsse auf breitester Grundlage. Nehmt den Kampf auf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Naziterror, faschistische Verbotsmaßnahmen und Klassenurteile. Kämpft gegen Hunger, Krieg und Faschismus, für Arbeit und Brot, für die Verteidigung der Sowjetunion, für ein freies sozialistisches Deutschland.

Kommunisten vor die Front! Mobilisiert die Arbeiter in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den proletarischen Massenorganisationen und in allen Orten. Gewinnt die sozialdemokratischen, gewerkschaftlich organisierten und Reichsbanner-Arbeiter zur Antifaschistischen Aktion, zum gemeinsamen Kampf.

Rücktritt des Reichskabinetts

Nach Redaktionsschluß geht uns folgendes TU.-Telegramm zu:

Bei seinem heutigen Empfang beim Reichspräsidenten hat der Reichskanzler Dr. Brüning den Rücktritt der Gesamtregierung überreicht.

Provokationen der „verbotenen" SA in Berlin

Polizeisalven im Wuppertal

Barrikaden in Elberfeld . Panzerwagen in den Straßen . Massenverhaftungen von Arbeitern . Verbotshetze gegen die Kommunistische Partei

Wuppertal, 29. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Hungerdemonstrationen der Erwerbslosen in Elberfeld sowie in Barmen haben sich am Sonnabend nachmittag und spät abends weiter fortgesetzt. Die Polizei, die in höchster Alarmbereitschaft liegt, gab bei ihrem Vorgehen gegen die Demonstranten Schüsse ab. Es bildeten sich jedoch immer wieder neue Ansammlungen und Sprechchöre. In verschiedenen Revierbezirken des Wuppertales wurden die Straßenlaternen zertrümmert und Fensterscheiben eingeschlagen. In einigen Straßen wurde das Pflaster aufgerissen. Die demonstrierenden Erwerbslosen versuchten die Angriffe der Polizei durch Barrikaden abzuwehren.

Fenster zu! Es wird geschossen

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend lieferte die Polizei in Heckinghausen, einem Arbeiterviertel von Wuppertal, ein regelrechtes Feuergefecht gegen Arbeiterwohnungen.

Am Freitagabend raste die Polizei unter anderem mit einem Panzerwagen, unter dessen Bedeckung 80 mit Karabinern bewaffnete Schupos vorgingen, an. Aber diese „kriegerischen Methoden" der Polizei haben nur noch Oel ins Feuer gegossen. Mit der hereinbrechenden Dunkelheit wurden die Ansammlungen immer stärker. Kurz nach 22 Uhr setzte die Polizei überraschend starke Kräfte ein, wiederum unterstützt durch den Panzerwagen. Die Straßen waren in völliges Dunkel gehüllt und die Polizeiwagen leuchteten mit ihren grellen Scheinwerfern die Häuserfronten ab. Wie zu Noskes Zeiten erscholl der Ruf: „Straße frei! Fenster zu! Es wird geschossen!" Damit begann ein Massenfeuer aus Karabinern und Maschinenpistolen, das sich von 22 Uhr bis nach Mitternacht fortsetzte. Ueber 800 Schüsse sollen abgegeben sein.

Ein Kind, dessen Bett einen Karabinerdurchschuß erhielt, bekam einen schweren Nervenschock. In der Rübenstraße wurde der 48 Jahre alte parteilose Dachdecker Schröter durch Kopfschuß getötet.

In der Nacht zum Sonnabend wurden Massenverhaftungen durchgeführt, nach bürgerlichen Berichten sind 132 Arbeiter festgenommen worden.

Zusammenstöße in Hamburg

Hamburg, 29. Mai (Eig. Drahtb.)

In den späten Abendstunden des Sonnabend kam es zwischen demonstrierenden Erwerbslosen und der Polizei zu Zusammenstößen. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch. Mehrere Erwerbslose wurden verletzt, auch ein Polizist soll verletzt sein.

Bereits in den späten Nachmittagsstunden kam es nach der Beerdigung des erschossenen Genossen Liberer zu Zusammenstößen, als die Polizei versuchte, die Demonstration aufzulösen. **Bei einer Gummiknüppelattacke wurden zahlreiche Personen niedergetrampelt.** Die Polizei schoß auch hier auf die Demonstranten. In der Fuhlsbütteler Straße wurden eine Anzahl Privatautos umgeworfen und die Spiegelscheiben einiger großer Geschäfte zertrümmert.

Berliner Nazis erhalten Prügel

Berlin, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

In Berlin-Schöneberg überfielen gestern mehrere Nazis einige vor einem Lokal stehende Arbeiter. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr, wobei ein Nazi schwer verletzt wurde.

Berlin, 30. Mai (Eig. Drahtb.)

Am Sonntagmittag kam es in der Nähe von Berlin, bei Schwanenwerder — zu schweren Zusammenstößen zwischen Nazis und Arbeitern. An dem Zusammenstoß, der durch die Provokationen der Nazis etwa eine Stunde dauerte, waren ungefähr 100 Personen beteiligt. Mehrere Nazis wurden erheblich verletzt. Die Polizei nahm eine Waffendurchsuchung vor, die aber erfolglos verlief. Sie verhaftete drei Arbeiter.

Massenverhaftungen in Düsseldorf

Düsseldorf, 29. Mai.

Am Freitagabend kam es in Düsseldorf-Oberbilk zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und provozierenden Sturmtrupps der verbotenen SA. Die Arbeiter schlugen die Nazis zurück. Darauf wurden 23 antifaschistische Arbeiter von der Polizei verhaftet. Polizei ging scharf gegen Protestdemonstrationen der Arbeiter vor und machte von der Schußwaffe Gebrauch. Nach bürgerlichen Berichten wurde die Polizei „mit Blumentöpfen und anderen Gegenständen bombardiert."

Hungerunruhen und spontane antifaschistische Kundgebungen im ganzen Reich. Sturmsignale über Deutschland! Die bürgerliche Presse nimmt den Hunger der Erwerbslosen zum Anlaß einer beispiellosen Hetze gegen die Kommunisten. Das Berliner Tageblatt stellt die Behauptung auf, daß die Hungerunruhen im Wuppertal von der kommunistischen Zentrale organisiert seien. Ebenso spricht die Vossische Zeitung von „einer planmäßigen Regie", von der „wohlüberlegten Planmäßigkeit auf der ganzen Linie". „Planmäßig von einem Zentrum organisiert" sind nicht die Hungerunruhen, sondern Hunger und Massennot sind einheitlich in Deutschland, und daher flackern in allen Provinzen in allen Städten Hungerunruhen auf. Der Sinn dieser Hetze ist klar. Da die 5. Notverordnung kurz bevorsteht, die neues Massenelend bringen soll, da man die Nazis an die Regierung „ranlassen" will, muß das Trommelfeuer gegen die einzige antifaschistische Partei, die KPD, gerichtet werden. Es gilt, nunmehr mit verstärkter Kraft auf der breitesten Grundlage der proletarischen Einheitsfront die Antifaschistische Aktion durchzuführen.

SLUB
Wir führen Wissen.